

Kosten eine Rolle spielen — sie seien im Verhältnis zu italienischen Privatbehandlungskosten keineswegs hoch. Die Situation in der Gynäkologie hat allerdings einen besonderen Grund: Da in Italien der Schwangerschaftsabbruch nicht einmal aus therapeutischen Gründen erlaubt ist, weichen viele Italienerinnen nach dem Tessin aus. Die Frauen müssen dort einen Antrag stellen, der nach Schweizer Recht behandelt und meist bewilligt wird. Von den ungefähr 1500 Schwangerschaftsabbrüchen, die jährlich im Kanton Tessin erfolgen, werden nach diesem Bericht etwa 40 Prozent an Italienerinnen vorgenommen. CS

ÖSTERREICH

Gemeinsame Planung mit den Gemeinden

Die Kärntner Ärztekammer hat alle Gemeinden des österreichischen Bundeslandes schriftlich gebeten, Stellungnahme zur Situation der ärztlichen Versorgung im Gemeindebereich einzureichen. Die Gemeindeväter wurden ausdrücklich aufgefordert, nicht mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen zu sparen. Sie sollten aber auch aufzeigen, inwieweit sie von sich aus Beiträge zu einer Verbesserung der ärztlichen Versorgung zu leisten imstande und bereit seien. Aus den Antworten will die Ärztekammer einen konkreten ärztlichen Versorgungsplan erarbeiten. Hintergrund dieser Aktion ist die Tatsache, daß nach österreichischem Sozialversicherungsrecht die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse gemeinsam für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung verantwortlich sind: Vertragspartner der Ärzte ist im kollektiv ausgehandelten Einzelvertrag die Gebietskrankenkasse. Kammer und Gebietskrankenkasse haben aber ein Vetorecht gegen einen Vertragsabschluß, und es ist in der Vergangenheit des öfteren vorgekommen, daß die Krankenkasse einen dringend gewünschten und er-

forderlichen Vertrag mit einem zur Verfügung stehenden Arzt nur deshalb blockierte, um künstlich einen „Bedarf“ hervorzurufen, der dann die Erweiterung eines bestehenden Ambulatoriums ermöglichen sollte. Dies geschah insbesondere auf dem Gebiet der zahnärztlichen Versorgung. Der Versorgungsplan soll die daraus entstehenden Auseinandersetzungen, die häufig in mehreren Instanzen ausgefochten wurden (die Ärztekammer gewann regelmäßig), ersparen. APN

Funkstörungen

Der seit einigen Jahren bestehende ärztliche Funknotdienst im österreichischen Bundesland Kärnten ist in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in Schwierigkeiten geraten: Sender im benachbarten jugoslawischen Bundesland Slowenien störten die Funkfrequenzen der Kärntner Ärzte. Es ist jedoch trotz der in diesem Gebiet seit langem bestehenden latenten volkstumpolitischen Spannungen gelungen, durch Verhandlungen zwischen der Kärntner Ärzteschaft, der österreichischen Post und den slowenischen Behörden eine Lösung zu finden: Die entsprechenden slowenischen Sender erhielten zum Teil neue Frequenzen, oder sie änderten die Richtungen ihrer Antennen. Der ärztliche Funkdienst läuft jetzt wieder einwandfrei. APM

GROSSBRITANNIEN

Mit Gesetzen gegen die Zigarette

Die britische Regierung will sich jetzt bei den Bemühungen, eine Einschränkung des Zigarettenrauchens zu erreichen, auch des Arzneimittelgesetzes bedienen, wie der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Dr. David Owen, im Unterhaus bekanntgab. Für die in Vorbereitung befindlichen sogenannten „synthetischen“ Zigaretten, genauer gesagt, für alle neuen

Tabakprodukte, die Zusätze oder Tabakersatz enthalten, soll eine Lizenzpflicht eingeführt werden, die den Vorschriften des Arzneimittelgesetzes entspricht. Danach hat die Regierung das Recht, alle Arzneimittel, die gesundheitliche Schäden verursachen können, Kontrollen zu unterwerfen. Die britischen Zigarettenhersteller, insbesondere die Firma Imperial Tobacco, die zwei Drittel des britischen Zigarettenmarkts beherrscht, sind mit dieser neuen Regelung einverstanden.

Zu weiteren Einschränkungen insbesondere der Werbung ist die Industrie freiwillig bereit. So sollen in den Kinos Zigarettenreklamen nur noch dann gezeigt werden, wenn nicht jugendfreie Filme laufen. Für Zigarillos soll nicht mehr im Fernsehen geworben werden. Finanzielle Zuwendungen der Zigarettenindustrie für Sportveranstaltungen sollen eingeschränkt werden. Ferner haben sich die Zigarettenfabriken bereit erklärt, den Teergehalt ihrer Produkte auf den Packungen anzugeben. gb

Krankenhauskosten erheblich gestiegen

Die Durchschnittskosten für die stationäre Behandlung in Krankenhäusern des Staatlichen Gesundheitsdienstes sind von 1972 bis 1974 um etwa ein Viertel gestiegen, wie aus einer vom Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Dr. David Owen, dem Unterhaus vorgelegten Aufstellung hervorgeht. Demnach stiegen die wöchentlichen Kosten im Durchschnitt aller Akutkrankenhäuser von 76,56 Pfund auf 104,78 Pfund (etwa 550 DM). Dabei reichen die Kostensätze von 76,27 Pfund in kleinen Krankenhäusern mit unter 50 Betten bis zu 108,19 Pfund in Krankenhäusern mit mehr als 100 Betten. In den Lehrkrankenhäusern stellten sich 1974 die Kosten pro Woche auf 153,05 Pfund in London beziehungsweise 131,50 Pfund in der Provinz. gb